

Mindestlöhne als Schritt in die falsche Richtung

Seit dem Jahr 2015 existiert in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Über die Auswirkungen des Mindestlohnes ist man sich zwischen den politischen Lagern bis heute nicht einig. Auch eine eindeutige Antwort aus der Wissenschaft gibt es nicht, denn alternative Szenarien sind immer mit Spekulation behaftet. Einig ist man sich nur, dass ein Mindestlohn unterhalb des schon gezahlten Lohnniveaus wirkungslos ist. Erzwingt man tatsächlich höhere Löhne, sind zwei Folgen denkbar: Die Kunden akzeptieren gestiegene Preise, wodurch die vom Mindestlohn Betroffenen mehr verdienen und alle übrigen Personen real ein bisschen weniger, da die Preise gestiegen sind. In der anderen Variante führen die gestiegenen Preise zu Verzicht, sodass die Arbeitsplätze entfallen.

Die Wahrheit liegt vermutlich in der Mitte. Je moderater die Höhe ist, desto eher wird sie akzeptiert, während eine Verdopplung des Mindestlohnes mit großer Sicherheit bewirken würde, dass bestimmte Produkte und Dienstleistungen weniger genutzt werden würden. Die Schwierigkeit, die ich sehe: Wo zieht man die Grenze? Diese Frage konnte mir leider bisher noch kein Mindestlohn-Befürworter beantworten. Wäre es okay, 100 Euro zu fordern? Oder wäre diese Forderung populistisch? Wenn es nicht okay wäre, wie wäre es dann mit 50 Euro? Oder, wenn das auch nicht gut wäre, vielleicht 25 Euro? An dieser Stelle zeigt sich das Problem. Die Mehrheit soll es festlegen. Das bedeutet in der Praxis: die Politik. Man übergibt ein weiteres Thema aus den Händen der Betroffenen in die Hände von Politikern.

Leider haben Linke immer noch das Argument, man gönne den Menschen das Geld nicht. Das ist ein emotionales Argument, gegen das man sachlich kaum angehen kann. Ich versuche, es mit einem krassen Vergleich aus dem Polizeiwesen zu entkräften: Wenn ich keine verbotene Vernehmungsmethode nutzen möchte, tue ich das auch nicht, weil ich Straftäter toll finde, sondern weil ich daran glaube, dass bestimmte Prinzipien mehr wert sind als ein bestimmtes Ergebnis im Einzelfall.

Der Mindestlohn – und ich gönne den Menschen das Geld – ist dabei nur ein winziger Schritt in die falsche Richtung, der natürlich keine wirtschaftliche Katastrophe ausgelöst hat. Um an meinen Vergleich anzuknüpfen: Wenn ein Polizist einem Tatverdächtigen eine einzige Ohrfeige geben würde, dann wäre das zwar falsch, aber zerstört nicht gleich das gesamte Rechtssystem. Wenn man es aber immer wieder macht, dann geht die Essenz des Prinzips verloren. Dieser Prozess ist so gefährlich. Es ist nie ein einzelner Schritt, der das Problem darstellt, es ist die Summe vieler falscher Schritte, die den falschen Weg ausmachen. Und dieser Weg ist es, immer mehr durch Politik regeln zu wollen, den Tätigkeitsbereich der Politik auszuweiten, möglichst viel von oben durch Gesetz vorzugeben, alles zentral steuern zu wollen. Im Ergebnis ließ es sich nicht verhindern, dass das Thema zum Wahlkampfthema geworden ist.